



Demokratische Aufbrüche

Wie Berliner:innen für demokratische Rechte kämpften

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

BERLIN



Inhaltsverzeichnis

Demokratische Aufbrüche in Berlin	4
Die Revolution kommt nach Berlin:März 1848	6
1918 - Novemberrevolution	9
1918 - Frauenwahlrecht	10
Jüdische Emanzipation	13
Gegen Kolonialismus Dibohe-Petition 1919	14
17. Juni 1953 - Arbeiter:innenaufstand in der DDR	17
Die 68er - Demokratisierung der Gesellschaft	19
Die Zweite Frauenbewegung	20
Recht auf Stadt - Hausbesetzungen	22
Ökologische Bewegungen	24
Menschen mit Behinderungen	26
1989 - Friedliche Revolution	28
Türkische Perspektiven	30
Queere Bewegungsgeschichte	32
Sintizze und Romnja	34
Impressum	38

Demokratische Aufbrüche in Berlin

In einer Demokratie zu leben, erscheint vielen von uns im Alltag selbstverständlich. Der Blick in die Geschichte und auf die demokratischen Aufbrüche in dieser Broschüre erinnert uns daran, dass das nicht stimmt. Demokratisierung geschah nie von selbst. Sie wurde herbeigeführt von Menschen, die unter oft widrigen Bedingungen dafür eintraten - in ihrer jeweiligen Zeit und mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen.

Die Krisen unserer Zeit fordern jede:n Einzelne:n und die Gesellschaft als Ganzes heraus. In einer Demokratie müssen gemeinsam Wege gefunden werden, mit diesen Krisen umzugehen und die entstehenden Lasten möglichst gerecht zu verteilen. Das ist schwierig und verlangt Geduld und Kompromissbereitschaft. Gleichzeitig erstarken demokratiefeindliche Kräfte. Immer offener bekennen sie sich zu ihrer antidemokratischen Haltung und versprechen einfache Lösungen, die kurzfristig einigen nützen und langfristig allen schaden.

Solche einfachen Lösungen gibt es nicht - auch das zeigt der Blick in die Demokratiegeschichte. Jede Zeit ist einzigartig und wer hofft, in der Vergangenheit eindeutige Antworten auf Fragen der Gegenwart zu finden, wird enttäuscht werden. Was die Geschichte aber bieten kann, ist Inspiration. Demokratische Aufbrüche der Vergangenheit können motivieren, sich für eine demokratische Gegenwart und Zukunft einzusetzen und sich dabei

nicht entmutigen zu lassen.

Denn der Rückblick macht deutlich, dass unserer heutigen demokratischen Ordnung eine lange Vorgeschichte voller Rückschläge und teils katastrophaler Einschnitte vorausging. Für seine Rechte offen einzutreten, bedeutete nicht selten, das eigene Leben zu riskieren. Gegen den § 175 StGB, der homosexuelle Handlungen unter Strafe stellte, kämpften Aktivist:innen beispielsweise seit dem Kaiserreich gut ein Jahrhundert lang und erlebten dabei grausame Rückschläge, etwa als im Nationalsozialismus Homosexuelle in KZs ermordet wurden.

Wonach strebt aber ein demokratischer Aufbruch - was ist das Ziel? Kurz: Was ist Demokratie? Das Wort, so lernen wir es in der Schule, stammt aus dem Griechischen und bedeutet in etwa „Herrschaft des Volkes“. Doch was heißt das konkret? Wie werden dabei Entscheidungen gefällt? Und wer genau soll eigentlich „das Volk“ sein?

Heute verfolgen wir das Ideal einer pluralistischen Gesellschaft, unsere Verfassung schützt Leben und Würde aller Menschen in ihrer Individualität und Vielfalt. Dennoch haben nicht alle dieselbe Chance auf politische Mitbestimmung. Auseinandersetzungen darüber, wer wie an Entscheidungen beteiligt sein sollte, sind in der Geschichte der Demokratie keine Seltenheit. Sie zeigen, wie sich das Ver-

ständnis von Demokratie im Laufe der Zeit weiterentwickelt, und dass Demokratisierung ein andauernder Prozess ist. Anfang des 20. Jahrhunderts kämpften etwa Frauen noch um das Recht auf politische Mitbestimmung – und gegen Argumente, die uns im Rückblick absurd erscheinen. Heute ringen Jugendliche oder in Deutschland lebende Menschen ohne Staatsbürgerschaft darum, dass sie das Recht auf politische Teilhabe erhalten. Wie wird man in 100 Jahren wohl darauf zurückblicken?

Die Erkenntnis, dass sich demokratische Rechte für verschiedene Gruppen zu ganz verschiedenen Zeitpunkten verwirklicht haben (oder noch verwirklichen müssen), verändert auch den Blick auf die Geschichte der Demokratie. Je vielstimmiger die Erzählung wird, desto sichtbarer wird die Unterschiedlichkeit der Erfahrungen und damit die Vielfältigkeit der Demokratiegeschichte.

Diese Vielstimmigkeit ist ein Kennzeichen von Demokratie. Der demokratische Diskurs hat das Ziel, Kompromisse zwischen den verschiedenen Interessen innerhalb einer Gesellschaft auszuhandeln. Doch nicht jede:r hat dieselben Möglichkeiten, der eigenen Stimme dabei Gehör zu verschaffen – manche aus rechtlichen, andere aus praktischen Gründen. Diese Ungleichheit abzubauen, ist Teil von Demokratisierung. Für Menschen, die (noch) nicht als teilhabeberechtigt angesehen werden, besteht dabei ein Dilemma: Ihr Ausgeschlossensein beschränkt zugleich ihre politischen Möglichkeiten, auf die Veränderung dieser Situation hinzuwirken. Sie sind

darauf angewiesen, Verbündete zu gewinnen – vor allem unter denjenigen, die bereits über politische Entscheidungsmacht verfügen. Dazu bedarf es Aufmerksamkeit, damit das Anliegen Reichweite und letztlich Mehrheiten gewinnen kann.

Berlin als Hauptstadt bot seit jeher eine besondere Nähe zu politischen Entscheidungsträger:innen. Auch deswegen wurde die Stadt immer wieder zum Schauplatz demokratischer Aufbrüche.

Auf den folgenden Seiten haben wir eine kleine Auswahl zusammengestellt. Es sind einzelne Schlaglichter und Szenen ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Sie erzählen keine lineare Demokratiegeschichte, sondern sollen zeigen, wie sich Berliner:innen zu unterschiedlichen Zeiten für die Demokratie einsetzten. Dies ist auch eine Einladung, selbst demokratische Aufbrüche zu wagen.

Zur Beschäftigung mit historischen Ereignissen in Berlin empfehlen wir außerdem die Berlin History App. Sie stellt fundierte historische Informationen – Texte, Fotos, Videos, Audios – über Berlin ortsgebunden bereit, also passend zum aktuellen Aufenthaltsort ihres Nutzers/ihrer Nutzerin. Die App ist kostenlos, werbefrei und fast durchgängig zweisprachig deutsch und englisch.

<https://berlinhistory.app/>





Barrikade an der Kronen- und Friedrichstraße in Berlin / bpk / Deutsches historisches Museum / Sebastian Ahlers

Die Revolution kommt nach Berlin: März 1848

1848 leiden in Berlin viele Menschen Hunger und Not. Im Februar kommt es zur Revolution in Frankreich, dann im Südwesten Deutschlands und im März in Berlin.

Die Bürger:innen fordern von den Herrschenden allgemeine und freie Wahlen, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und eine Nationalversammlung. Am 18. März verlangt eine Menschenmasse vor dem Schloss von König Friedrich Wilhelm IV. eine Antwort auf diese „Märzforderungen“. Das Militär

schießt auf Zivilist:innen, es kommt daraufhin zu Barrikadenkämpfen in Berlin. Diese enden am 19. März erst, nachdem der König das Militär zurückgezogen hat. 250 Tote haben die Aufständischen zu beklagen. Ein Trauerzug zieht durch Berlin und es findet eine feierliche Beerdigung auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain statt.

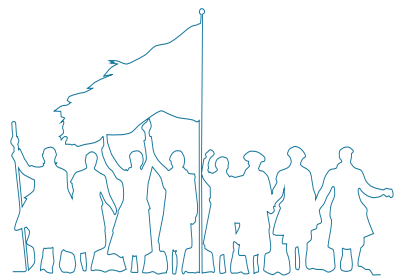
Im Mai wählt Berlin Wahlmänner, die dann Abgeordnete für die Frankfurter Paulskirche und die Preußische Nationalversammlung

bestimmen. Wählen dürfen Männer, die seit mindestens sechs Monaten in der Stadt leben, über 24 Jahre alt sind und keine Armenunterstützung bekommen. Der König bekennt sich zur deutschen Einheit und den Farben der Bewegung (Schwarz-Rot-Gold) und verspricht eine Verfassung. Doch im November bringt er das Militär zurück nach Berlin.

Die von der Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone lehnt der preußische König ebenso wie die Verfassung ab. Preußen zieht seine Abgeordneten aus

Frankfurt ab, die Versammlung löst sich auf. Damit ist die Revolution 1849 gescheitert.

Doch sie lebt weiter in der Erinnerung der Menschen, die am Friedhof der Märzgefallenen aktiv gepflegt wird.



Recherche/Reflexion

Kleidung war 1848 ein Mittel, politische Orientierung auszudrücken. So wurde etwa der Kalabreser Hut des badischen Revolutionärs Friedrich Hecker berühmt. Gibt es auch heute noch „politische Mode“?

Lernort

Gedenk- und Ausstellungsort
Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain
Ernst-Zinna-Weg 1
10249 Berlin

Mehr erfahren

<https://www.friedhof-der-maerzgefallenen.de/>





1918 - Novemberrevolution

Von der Euphorie vieler Deutscher zu Beginn des 1. Weltkriegs ist im Herbst 1918 nur wenig übrig. Millionen toter Soldaten, Entbehrungen der Zivilgesellschaft sowie militärische Aussichtslosigkeit lassen die Unterstützung für den Krieg und die, die ihn verantworten, bröckeln. Zum Zündfunken der Revolution wird das Meutern der Matrosen, unter anderem in Kiel. Sie weigern sich, ihr Leben einem nicht mehr gewinnbaren Krieg zu opfern.

Reichsweit beginnen auch Arbeiter:innen, sich zu widersetzen und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Schnell entsteht eine Massenbewegung - der Druck auf die Regierung wächst.

Am 9. November dankt der Kaiser ab, Jahrhunderte der Monarchie in Deutschland enden. Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht rufen unabhängig voneinander die Republik aus. Scheidemann steht für die zügige Wiederherstellung der staatlichen Ordnung mit einer parlamentarischen Demokratie, Liebknecht und Mitstreiter:innen wie

Rosa Luxemburg wollen die proletarische Revolution vollenden.

Über den Winter eskaliert der Konflikt, immer wieder toben blutige Kämpfe (nicht nur) auf Berlins Straßen. Im Januar kommt es zum Aufstand, insbesondere im von Liebknechts Spartakisten besetzten Zeitungsviertel wird erbittert gekämpft. Der Aufstand wird niedergeschlagen, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von rechtsextremen Freikorps ermordet. Am 19. Januar finden Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung statt, die abseits der Kämpfe in Weimar zusammentritt.

Am Ende geht aus der Revolution die sogenannte Weimarer Republik hervor, die erste deutsche Demokratie.



Mehr erfahren

Virtuelle Ausstellung „1918: Zwischen Weltkrieg und Revolution. Ein Entscheidungsjahr für Deutschland“

<https://ausstellungen.deutsche-digitale-bibliothek.de/1918>







Martin Dibobe als Zugführer © Archiv der BVG

Gegen Kolonialismus Dibobe-Petition 1919

Im Zuge der Westafrika-Konferenz (1884/85) in Berlin errichtet das deutsche Kaiserreich Kolonien in Afrika. Mit dem Ende des 1. Weltkriegs ist die Zukunft der deutschen Kolonien ungewiss. Martin Dibobe und siebzehn Mitstreiter verfassen 1919 eine Petition an das Reichskolonialministerium. Inmitten der Versailler Friedensverhandlungen bekunden sie Deutschland die Treue, fordern aber die durch die Revolution erlangten Rechte auch für die Kolonien ein: „1. Die Eingeborenen verlangen Selbständigkeit und Gleichberechtigung, wie es jetzt in der neuen sozialen

Republik in Deutschland eingeführt ist.“ Sie benennen Grausamkeiten und Ausbeutung durch die deutsche Kolonialmacht und fordern Reformen.

Mit dem Versailler Vertrag muss Deutschland alle Kolonien abtreten. Die Petition läuft damit ins Leere. Ihr Namensgeber Martin Dibobe wurde 1876 in Kamerun geboren, das ab 1884 deutsche Kolonie war. Er kommt 1896 nach Berlin und ist Teil der Völkerschau der Kolonialausstellung im Treptower Park. Nach einer Ausbildung bei der Hochbahn wird er



Frauen demonstrieren 1971 in Berlin mit Plakaten gegen das Abtreibungsverbot © picture alliance / dpa / Chris Hoffmann

Die Zweite Frauenbewegung

In der linken 68er-Bewegung haben Frauenfragen wenig Platz, aus Frustration darüber entsteht die neue Frauenbewegung. Inspiration war die Erste Frauenbewegung, die im Kaiserreich und der Weimarer Republik für Frauenrechte gekämpft hatte. Die Frauen beschäftigen sich mit Themen wie finanzieller Abhängigkeit, Care-Arbeit, Sexualität (Entstehung der Lesbenbewegung) und fordern das Recht auf Abtreibung und die Streichung des „§ 218“ aus dem Strafgesetzbuch. Durch Kampagnen und Demonstrationen gelingt

es, Druck auf die Politik aufzubauen. Erreicht wird ein Kompromiss mit einer Fristenregelung: Abtreibung bleibt illegal, aber bis zur 12. Woche straffrei.

Die Bewegung kämpft auch gegen die Wahrnehmung von häuslicher Gewalt als Privatproblem. Da Hilfsangebote fehlen, wird in Berlin 1976 das erste autonome Frauenhaus gegründet. Betrieben wird es gemeinsam mit den Bewohnerinnen. Von der Stadt Berlin wird dafür finanzielle Unterstützung erkämpft.



Besetztes Haus mit Transparenten © dpa Zentralbild / Paul Glaser

Recht auf Stadt – Hausbesetzungen

Probleme bei der Wohnungssuche kennen auch die Berliner:innen der 1970er Jahre. Wohnraum ist knapp, aber anders als heute gibt es viel Leerstand. Altbauten, deren Renovierung sich für Eigentümer:innen nicht lohnt, bleiben unbewohnt und werden im Zuge der Stadtsanierung abgerissen. Spekulationen mit Immobilien und Grundstücken verschärfen das Problem.

Das Krankenhaus Bethanien in Kreuzberg soll nach seiner Schließung verkauft werden.

Am 8. Dezember 1971 wird bei einer Versammlung zur Besetzung des Schwesternwohnheims am Mariannenplatz aufgerufen. Es wird „Rauchhaus“ genannt, nach Georg von Rauch, einem linken Aktivist, der kurz zuvor von der Polizei erschossen wurde. Was mit dem Haus geschehen soll und wie man darin zusammenleben will, wird von den Besetzenden gemeinschaftlich ausgehandelt. Es entsteht ein Treffpunkt für Jugendliche und Subkultur. Die Polizei führt mehrere Razzien durch, nach Verhandlungen mit der Stadt



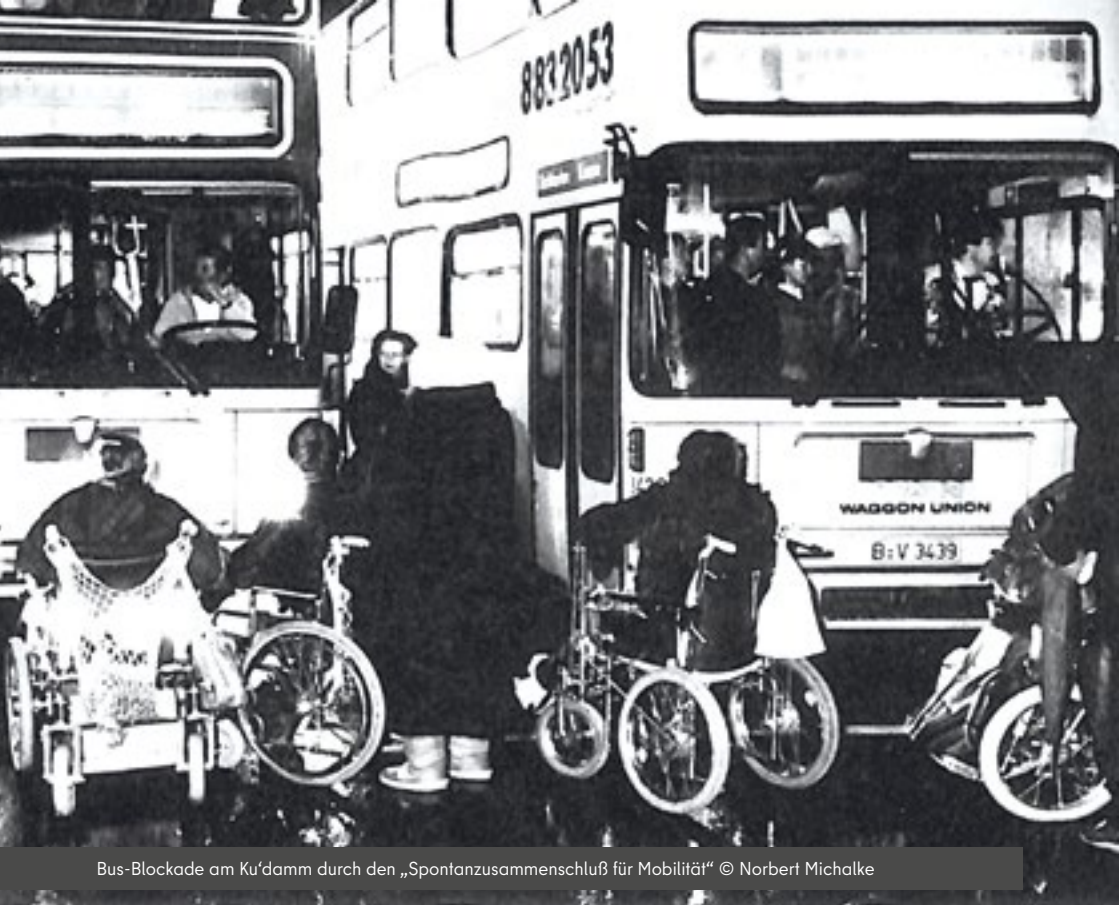
Erste Fahrraddemo in Ost-Berlin © Robert-Haveman-Gesellschaft / Archiv der DDR-Opposition / Tom Sello / RHG_Fo_HAB_17942

Ökologische Bewegungen

Umweltfragen betreffen unser aller Lebensgrundlage. So tragen sie immer wieder in besonderer Weise dazu bei, Menschen zu mobilisieren und miteinander zu vernetzen. Der Einsatz gegen ein konkretes Projekt wird dabei oft zum Engagement für die Veränderung von Politik allgemein. Ende der 1970er Jahre entzündeten sich Proteste in Westdeutschland vor allem an den Großprojekten der Atomindustrie, gehen aber

bald darüber hinaus. 1980 gründen sich die Grünen, um Umweltfragen von der Straße in die Parlamente zu tragen. Heute sind sie als Partei dort fest etabliert und kümmern sich längst auch um andere Themen.

Auch viele Angehörige der DDR-Bürgerrechtsbewegung beginnen ihr Engagement zu Umweltschäden, die das SED-Regime öffentlich leugnet. Einige von ihnen tragen im Keller der Ost-Berliner Zionskirche Infor-



Bus-Blockade am Kurfürstendamm durch den „Spontanzusammenschluß für Mobilität“ © Norbert Michalke

Menschen mit Behinderungen

Menschen verfügen über unterschiedliche Voraussetzungen. Ein Hindernis, das die Mehrheit mühelos überschreitet und vielleicht nicht einmal wahrnimmt, kann für andere die selbstbestimmte Lebensgestaltung und Teilhabe an Gesellschaft und Politik unmöglich machen. Lange wird Menschen, die mit Behinderungen leben, das Recht auf diese Teilhabe gar nicht erst zugestanden. Für die Verwirklichung kämpfen sie bis heute.

Die Mitglieder vom Berliner „Spontanzusammenschluß – Mobilität für Behinderte“, genannt „Spontis“, führt dieser Kampf am 23. Januar 1987 mitten auf den Kurfürstendamm. In ihren Rollstühlen stellen sie sich den BVG-Bussen am Adenauerplatz in den Weg. Ziel der Blockade: Die Mitmenschen spüren zu lassen, wie es ist, durch andere behindert zu werden. Genau das droht den Aktivist:innen. Als Sparmaßnahme soll der „Telebus“ ge-



Demonstration am Alexanderplatz am 4. November 1989 © Bundesstiftung Aufarbeitung / eastblockworld

1989 – Friedliche Revolution

Die Bilder vom Fall der Berliner Mauer gehen am 9. November 1989 um die Welt. Später gilt dieses Ereignis vor allem als Auftakt zur „Erfolgsgeschichte“ der deutschen Wiedervereinigung. Dass diese kein Jahr später stattfinden wird, ist damals aber so nicht absehbar. Den oppositionellen Gruppen, die sich im Osten vor allem in den 1980er Jahren formieren, geht es ursprünglich um Veränderungen innerhalb der DDR, die sie an deren eigenem demokratischen Anspruch messen.

Viele erfahren dafür am eigenen Leib Repressionen. Dennoch finden die Gruppen weiter Zulauf. Nach der Aufdeckung von Wahlbetrug im Mai 1989 und einer großen Ausreisewelle im Sommer gehen ab Herbst 1989 zunehmend Menschen auf die Straße. Auch hier bleibt das Risiko immer präsent. Im Oktober kommen in Ost-Berlin Hunderte Theaterschaffende zusammen. Auch sie wollen Kritik nicht mehr nur implizit auf der Bühne äußern. „Wir treten aus unseren Rollen heraus“, heißt es in ihrer Resolution. Am



Gruppe von Frauen mit Plakaten „Berlin gegen Rassismus“ bei der Aktion „5 vor 12“ © picture alliance / dpa / Stefanie Pitlick

Türkische Perspektiven

Angeworben als „Gastarbeiter:innen“ kommen Türk:innen ab den 1960ern nach West-Berlin. Grundlage dafür ist das „Abkommen zur temporären Anwerbung von Arbeitskräften“ zwischen der BRD und der Türkei vom 30. Oktober 1961.

Das „Wirtschaftswunder“ verlangt nach Arbeitskräften, nach dem Zuzug ausländischer Arbeitskräfte folgen ihre Familien. Viele lassen sich in Vierteln nahe der Mauer nieder, wo Wohnraum billig ist. Seitdem prägen sie

das Leben in Berlin. Sie arbeiten vor allem in Elektro- und Textilindustrie oder dem Dienstleistungsgewerbe.

Als mit der Ölpreiskrise 1973 die wirtschaftliche Lage umschwenkt und klar wird, dass die Arbeitskräfte nicht nur temporär bleiben, verschlimmert sich der Rassismus. In den 1980er Jahren weigert sich die westdeutsche Politik, Deutschland als Einwanderungsland zu verstehen. Statt Integration zu priorisieren, forciert man eine Rückführungs- und Auswei-



Denkmal für die erste homosexuelle Emanzipationsbewegung © Holle Zoz

Queere Bewegungsgeschichte

In den 1920ern wird Berlin zu einem Zentrum queerer Kultur. Ob Nachtleben, Kunst oder Alltagswelt, queeres Leben findet Freiräume und Sichtbarkeit. Überschattet sind diese von § 175 StGB, der seit dem Kaiserreich sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellt. Straffreiheit fordert auch der Arzt Magnus Hirschfeld. In dessen Institut für Sexualwissenschaft wird Aufklärung und Forschung zu sexuellen Minderheiten betrieben. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme kommt es zur Verfolgung

Homosexueller bis hin zur Ermordung in Konzentrationslagern.

Die DDR kehrt nach 1945 zur Weimarer Version von § 175 StGB zurück, ab 1957 kommt es kaum noch zu Verurteilungen, 1968 wird er gestrichen. Es gibt weiterhin Überwachung und Repressionen, trotzdem existiert eine Subkultur. Die BRD hält am von den Nazis verschärften § 175 StGB fest, doch diese staatliche Repression wird ab 1968 nicht mehr hingegenommen. Es ist der Beginn



Eröffnung des Denkmals im Tiergarten © Bundesregierung / Fotografin Sandra Steins

Sintizze und Romnja

Sie sind die größte ethnische Minderheit Europas und leben seit über 600 Jahren in Deutschland. Die Nationalsozialisten ermorden eine halbe Million Sintizze und Romnja. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs werden sie nicht als NS-Opfer anerkannt und erhalten so keine Entschädigung.

Sie erleben stattdessen weiterhin Diskriminierung durch Gesellschaft und staatliche Institutionen wie die Polizei. So gilt in Bayern die sogenannte „Landfahrerordnung“, bis

sie 1970 wegen Grundgesetzwidrigkeit aufgehoben wird. In den 1970er Jahren formiert sich eine Bürgerrechtsbewegung. Mit Protestaktionen wie einem Hungerstreik 1980 im KZ Dachau gelingt es, Aufmerksamkeit für die Forderungen zu schaffen. Verschiedene Verbände schließen sich zum „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“ zusammen, um ihre Interessen gemeinsam an die Bundesregierung heranzutragen. 1982 kommt es zur Anerkennung des Völkermords aus rassistischen Gründen durch die BRD. Seit 1995 als



Demonstration „Revolution der Flüchtlinge“, 2013 © picture alliance / dpa / Jörg Carstensen

Flüchtlingskämpfe: Protest auf dem Oranienplatz

In Bayern kommt es 2012 nach dem Suizid eines iranischen Asylsuchenden zu Hungerstreiks und Protestcamps von Geflüchteten. Bewusst gegen die Residenzpflicht verstoßend, formt sich eine Gruppe in einem deutschlandweiten Marsch nach Berlin. Unterwegs kommt es zu zahlreichen Repressionen, aber am 6. Oktober 2012 ist das Ziel erreicht. Zum Zentrum der Bewegung wird ein Camp, das auf dem Kreuzberger Oranienplatz errichtet wird, es bleibt bis 2014 bestehen. Es kommt auch zu Besetzungen,

wie in der Gerhart-Hauptmann-Schule.

Nahe dem Oranienplatz findet 2013 auf dem Mariannenplatz das „Refugee Tribunal against Germany“ statt. Dabei setzen sich die Teilnehmenden mit dem Unrecht der kolonialen Vergangenheit Europas auseinander und der Verantwortung des Globalen Nordens für die Gründe, warum Menschen nach Europa fliehen. Auch die deutsche Asylpolitik wird angeklagt und eine Stärkung der Rechte Asylsuchender gefordert.

Die Anliegen der Protestierenden und ihre Forderungen an die deutsche Politik: Bleiberecht für alle, keine Massenunterkünfte, keine Residenzpflicht, Arbeitserlaubnis, beschleunigte Asylverfahren, keine Gutscheine, Abschiebestopp. Die Proteste verschaffen den Forderungen große Aufmerksamkeit in den Medien, gleichzeitig sind sie ein Akt der Selbstermächtigung gegen die Machtlosigkeit in Asylverfahren.

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen kämpfen seit Jahrzehnten für die Forderungen. Der europäische Rechtsruck der letzten Jahre bedroht die Errungenschaften von Flüchtlingskämpfen.



Recherche/Reflexion

Welche Forderungen von 2012 waren erfolgreich und welche nicht?

Lernort

Oranienplatz

Mehr erfahren

Migrationsrat Berlin e. V.

Oranienstr. 34, 10999 Berlin

<https://www.migrationsrat.de>



Impressum

Autorinnen:

Naomi Koch
Holle Zoz

Redaktion:

Thomas Gill, Julia Hasse, Anja Witzel

Herausgeberin:

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin

Öffnungszeiten des Besuchszentrums:

Mo, Mi, Do & Fr | 10 - 18 Uhr

und

Revaler Straße 29, 10245 Berlin

Öffnungszeiten des Besuchszentrums:

Di, Mi & Fr | 10 - 18 Uhr

Mail: landeszentrale@senbjf.berlin.de

<https://www.berlin.de/politische-bildung>



Layout und Grafik:

LWB-Lichtenberger Werkstätten gGmbH, Berlin

<https://lwb.berlin>

